FDP| 08.01.2019 - 18:00

Deutschland braucht ein Recht auf Verschlüsselung

Nach dem Hackerangriff auf deutsche Politiker ist die Bilanz verheerend: Knapp 1.000 Personen sind betroffen, ihre Kontaktdaten und teils private Dokumente wurden bereits im Dezember veröffentlicht. "Wir verurteilen diesen Angriff aufs Schärfste", erklärte FDP-Generalsekretärin Nicola Beer. Die Freien Demokraten fordern, nun endlich ein Recht auf Verschlüsselung in Deutschland einzuführen.

Damit Privates auch privat bleibe, müsse jedem Bürger die Möglichkeit gegeben werden, verschlüsselt kommunizieren zu können, sagte FDP-Vorstandsmitglied Konstantin Kuhle. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion der Freien Demokraten bereits Ende November in den Bundestag eingebracht. Nachdem der mutmaßliche 20-jährige Täter aus Mittelhessen von den Sicherheitsbehörden gestellt wurde, stelle sich allerdings die Frage, warum das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erst im Januar aktiv wurden. Das müssten die zuständigen Behörden und auch Bundesinnenminister Horst Seehofer erklären.

Auch die IT-Sicherheitsinfrastruktur der Bundesrepublik müsse hinterfragt werden. Der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion zeigte sich beunruhigt, dass ein 20-jähriger Einzeltäter solchen Schaden anrichten könne. Er stelle sich die Frage, was passieren würde, wenn erst "richtige Profis am Werk sind". Die Fraktion der Freien Demokraten werde in den parlamentarischen Gremien darauf drängen, dass Konsequenzen gezogen werden, erklärte er.

Außerdem forderte Kuhle, das BSI aus dem Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums auszugliedern. "Hier gibt es einen offenen Interessenskonflikt", kritisierte er. Auf der einen Seite wollten Sicherheitsbehörden selber Sicherheitslücken schaffen und für Ermittlungsverfahren ausnutzen. Auf der

anderen Seite solle dasselbe Ministerium sich um eine Bekämpfung von Sicherheitslücken kümmern. Das könne nicht sein. Die vom Bundesinnenminister geplante personelle und finanzielle Stärkung des BSI befürworten die Freien Demokraten, als erstes müsse jedoch der bestehende Interessenskonflikt aufgelöst werden.

> Wenn diesen #Datendiebstahl [1] ein 20-Jähriger schafft, was wäre dann erst mit profesionellen Strukturen möglich? BSI darf zudem nicht im Geschäftsbereich von Horst Seehofer verbleiben, muss ausgeliedert werden. @KonstantinKuhle [2]
>
> — Fraktion der Freien Demokraten (@fdpbt) 8. Januar 2019 [3]

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/deutschland-braucht-ein-recht-auf-verschluesselung

Links
[1] https://twitter.com/hashtag/Datendiebstahl?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [2] https://twitter.com/KonstantinKuhle?ref_src=twsrc%5Etfw [3] https://twitter.com/fdpbt/status/1082649116470071296?ref_src=twsrc%5Etfw